



„Partei lehrjahr aktuell“ erscheint monatlich und ist als direkte Anleitung und Hilfe für die Monatsthemen gedacht. Heute zum Thema 7.

# Anleitung zu Themen des Parteilehrjahres dieses Monats

## Durch ökonomische Integration Einbeziehen aller Werktätigen hohes Wachstum der Produktion in die staatliche Leitung

Von Prof. Dr. Werner Maiwald

Mit dem Sieg der Sowjetarmee über den Faschismus und der Befreiung auch des Volkes der DDR vor 30 Jahren entstanden wichtige Voraussetzungen für die Herausbildung und das Wachstum des sozialistischen Weltsystems. Im Parteilehrjahr beschäftigen wir uns mit einigen aktuellen ökonomischen Fragen seiner Entwicklung, besonders mit der sozialistischen ökonomischen Integration.

Die sozialistische ökonomische Integration ist ein objektiver Prozeß bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In ihr entfaltet sich der internationalistische Charakter dieser Gesellschaft. Vor allem drei Ursachen führten zur sozialistischen ökonomischen Integration:

- Die internationale Vergesellschaftung der Produktivkräfte, das wirtschaftliche Leben, bildet die materielle Grundlage dieses Prozesses. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt kann mit hoher Effektivität im Produktionsprozeß zur Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen führen, wenn die Potenzen aller Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft dazu vereint werden.
- Nur die sozialistische ökonomische Integration, die auf sozialistischen Produktionsverhältnissen beruht, dient den werktätigen Menschen. Sie verbindet die Internationalisierung des wirtschaftlichen Lebens mit der Entwicklung, dem Aufblühen der Wirtschaft und der Kultur aller sozialistischen Völker und Nationen. Davon zeugen mehr als 28 Jahre RGW, der dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt.
- Die sozialistische ökonomische Integration ist ein wichtiges Instrument in der internationalen Klassenverwandtschaft mit dem Imperialismus. Sie stärkt die Macht und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft und verändert so das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus. Deshalb ist die sozialistische ökonomische Integration ein objektiver Prozeß, der den Interessen der Werktätigen entspricht und von ihnen unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien verwirklicht wird. Diesen „objektiven Reformen“ entspricht das Bestreben unserer Parteien, die sozialistische ökonomische Integration zu beschleunigen und die zusätzlichen Möglichkeiten, die sie für das

schloß durch die Bildung von Wirtschaftsvereinigungen, in denen zwei oder mehr RGW-Länder ihr Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionspotential auf einem ausgewählten Gebiet unmittelbar vereinigen. Diese Wirtschaftsvereinigungen, wie z. B. Assofoto oder Interchemiefaser, koordinieren den Reproduktionsprozeß des Zweiges von der Forschung bis zum Absatz der Erzeugnisse und gehen schrittweise zu gemeinsamer Wirtschaftstätigkeit über.

### Schwerpunkte im Seminar Wirtschaftspolitik der SED

- I. Das Geld und sein Wesen in der sozialistischen Gesellschaft
- II. Die Funktionen des Staatshaushaltes in der Volkswirtschaft und seine Aufgaben zur Erfüllung der Hauptaufgabe

Gedeihen jedes Landes bietet, noch gründlicher auszuschnüpfen.<sup>1)</sup> Der Beschleunigung der sozialistischen ökonomischen Integration dient die Vervollkommnung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planung. Auf der 29. Tagung des RGW wird der Entwurf eines abgestimmten Plans der mehrseitigen Integrationsmaßnahmen vorliegen. Damit entsteht erstmals in der Geschichte des RGW ein gemeinsamer Plan mit weitreichenden Aufgaben. Für wichtige Industriezweige wie Brennstoff- und Energiewirtschaft, Metallurgie, für Zweige der chemischen Industrie, des Maschinenbaus u. a. werden Entwicklungsprogramme ausgearbeitet, um diese Zweige gemeinsam planmäßig zu entwickeln. Die Möglichkeiten der sozialistischen ökonomischen Integration werden noch gründlicher ausge-

schloß durch die Bildung von Wirtschaftsvereinigungen, in denen zwei oder mehr RGW-Länder ihr Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionspotential auf einem ausgewählten Gebiet unmittelbar vereinigen. Diese Wirtschaftsvereinigungen, wie z. B. Assofoto oder Interchemiefaser, koordinieren den Reproduktionsprozeß des Zweiges von der Forschung bis zum Absatz der Erzeugnisse und gehen schrittweise zu gemeinsamer Wirtschaftstätigkeit über.

Von besonderer Bedeutung für die Beschleunigung der sozialistischen ökonomischen Integration sind die vereinten Anstrengungen zur Lösung perspektivischer Rohstoffprobleme. Die Kompliziertheit dieser Probleme ergibt sich aus dem schnell wachsenden Bedarf nach vielen Roh- und Brennstoffen, aus ihrer zunehmenden Rolle in der Weltwirtschaft und den steigenden Förderkosten. Durch die Nutzung der Ressourcen in jedem Mitgliedland des RGW und Materialökonomie, durch Investitionsbeteiligungen u. a. Maßnahmen tragen alle Länder zur Lösung dieser Probleme bei. Steigende Preise und Kosten für Rohstoffe rufen auch für die Volkswirtschaft der DDR beachtliche Belastungen hervor. Ihnen gilt es durch Intensivierung des Reproduktionsprozesses, durch Sparsamkeit — auch an der Karl-Marx-Universität — zu begegnen, um stabile Einzelhandelspreise zu sichern.

Die UdSSR — vor 30 Jahren Befreier vom Faschismus — ist das Kernland der sozialistischen ökonomischen Integration. Durch enge wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Beziehungen zur UdSSR, durch den festen Bruderband zwischen der KPdSU und der SED leisten wir einen wichtigen Beitrag zur sozialistischen ökonomischen Integration, begehen wir den 30. Jahrestag der Befreiung auf Leninische Art.

1) Honecker, H.: Schlußwort auf der 12. Tagung des ZK der SED

Von Dr. Günter Baranowski

Der VIII. Parteitag der SED begründete, warum dem sozialistischen Staat bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR eine wachsende Bedeutung zukommt.<sup>1)</sup> Diese staatsrechtliche und staatspraktische Orientierung der Partei ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Gesetzmäßigkeit ihrer Entwicklung. Sie stützt sich auf die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur historischen Rolle des sozialistischen Staates und berücksichtigt die reichen Erfahrungen der KPdSU bei der Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit. Sie bringt die ideologische Position der Arbeiterklasse gegenüber allen Spielarten der Abweichung vom Marxismus-Leninismus in der Staatsfrage, gegenüber allen Angriffen bürgerlicher Staatsideologien, auf den sozialistischen Staat offensiv zum Ausdruck.

In der Grundthese der marxistischen Staatslehre, daß der sozialistische Staat das Hauptinstrument des sozialistischen Aufbaus und des Übergangs zum Kommunismus ist, ist die charakteristische Beziehung zwischen sozialistischem Gesellschaft und sozialistischem Staat prägnant zusammengefaßt. In allen Entwicklungsstadien durch die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft selbst bestimmt, ist der sozialistische Staat ein aktives, gesellschaftsweiter Instrument. Er erweist sich als das hauptsächlichste Instrument, mit dem die von der marxistisch-leninistischen Partei geführte Arbeiterklasse die objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten durchsetzt. Die Arbeiterklasse stellt die allgemeinen Eigenschaften und Merkmale der staatlichen Organisationsform der Gesellschaft voll in den Dienst des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus. Sie bezieht mit Hilfe der staatlichen Organisationsform die anderen werktätigen Klassen und Schichten in ihre Machtausübung als Diktatur des

Proletariats ein. Versuche grundweiser Art, dem sozialistischen Staat bei der Bestimmung seines Wesens und bei der Erläuterung seiner Funktion von der Arbeiterklasse in diesem oder jenem Maße zu lösen, widersprechen zutiefst der marxistisch-leninistischen Theorie und der Praxis der marxistisch-leninistischen Partei. Es ist deshalb von prinzipieller Bedeutung, daß der

### Schwerpunkte im Seminar Wissenschaftlicher Kommunismus

- I. Der sozialistische Staat — das Hauptinstrument bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
- II. Der VIII. Parteitag über die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie

VIII. Parteitag der SED das Klassenwesen des sozialistischen Staates in der DDR umfassend herangezogen hat und daß diese Hervorhebung im Zuge der Verfassungsänderung staatsrechtlichen Ausdruck fand. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.<sup>2)</sup> Die gesetzmäßig wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bildet den Klassencharakter des Staates weiter aus. Die wachsende Rolle des sozialistischen Staates ist Ausdruck, aber auch Mittel der weiteren Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse

in der sozialistischen Gesellschaft. Mit der Fixierung der Hauptaufgabe setzte der VIII. Parteitag auch neue staatsrechtliche Akzente. Das soziale Wesen des sozialistischen Staates kommt sichtbar darin zum Ausdruck, daß die Werktätigen mit ihren materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnissen und Interessen Ausgangspunkt der staatlichen Tätigkeit sind. Die Hauptaufgabe stellt spezifische Anforderungen an die staatliche Tätigkeit; sie beansprucht Komplexität, Planmäßigkeit in der Arbeit der staatlichen Organe. Sie verlangt aber auch die aktive Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Leistungstätigkeit, die Entwicklung und Nutzung der demokratischen Aktivität der Werktätigen. Dieser Aspekt der Hauptaufgabe darf nicht unterschätzt werden.

Der VIII. Parteitag orientierte darauf, die zentrale staatliche Leitung und Planung zu qualifizieren und sie mit der wachsenden schöpferischen Aktivität der Werktätigen auf allen Gebieten wirksamer zu verbinden.<sup>3)</sup> Diese Konzeption ist darauf gerichtet, das demokratische Wesen des sozialistischen Staates weiter zu entwickeln und zu festigen. Die Festigung schließt alle Maßnahmen zur Erhöhung der Gesetzmäßigkeit und Rechenschaftigkeit, zur Bekämpfung von Rechtsverletzungen jeglicher Art ein. Die Arbeiterklasse festigt ihren Staat, indem sie ihn zuverlässig schützt. Durch die weitere Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft, in die der sozialistische Staat der DDR aktiv und fest einbezogen ist, festigt sich der sozialistische Staat in historisch neuen Dimensionen.

Anmerkungen:

- 1) Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 64
- 2) Art. Abs. 1 Verfassung der DDR
- 3) Bericht des Zentralkomitees, ... a.a.O., S. 64

In dieser Situation traten 2027 Studenten in das neue Studienjahr ein. Die Kriegserfordernisse prägen ihre Ausbildung: Aus dem 5. Studienjahr absolvierte jeder Zweite vorfristig, noch im August/September, die Universität. Das Studium wurde auf drei Jahre verkürzt, die Wochenstundenzahl erhöht, kriegswichtige Lehrveranstaltungen wie Militärpropaganda und -chemie eingeführt. Seit Oktober herrscht ein Schichtbetrieb eigener Art: eine Woche Studium — eine Woche Einsatz in der Verteidigung. Kennzeichnend ist der Protokollauszug über die Anwesenheit bei einer Studentenvollversammlung: „Anwesend — 333, in den Schützengraben — 406, 141 zur Arbeit, 131 im Lazarett, die restlichen — zum Luftschutzeinsatz.“ Aber das Studium ging weiter.

### In der Blockade

Der erste, schwerste Blockadewinter brach am 20. November bis zum 25. Dezember betrug die tägliche Lebensmittelzuteilung für Arbeiter 350, für alle anderen 125 g Ersatzbrot — „125 Blockadegramm zur Hälfte Blei, zur Hälfte Blut“, wie Olga Bergholz schrieb. Brennstoff- und Energiemangel zwang darum am 6. Dezember, die Fernheizung einzustellen, gegen Monatsende auch den Straßenbahn- und Busverkehr. Dieser Winter war außergewöhnlich kalt und schneereich — im Januar kamen bei Frösten von 30–40 Grad die Wasserversorgung und die Kanalisation zum Erliegen, — Am Beginn der Blockade lebten mehr als 2,5 Millionen in Leningrad.



Seit Ende November konnten sie auf dem „Weg des Lebens“, die Eisstraße über den Ladoga-See, versorgt werden. Jedoch ein LKW füllte ganze 10 000 Blockadestationen. ... Allein auf dem Piskarewski-Gedächtnisfriedhof sind fast eine halbe Million Einwohner und Verteidiger Leningrads bestattet, Gefallene und Verhungerte. Erfreute, durch den ständigen Beschuß Getötete. Auf den meisten Grabsteinen stehen die Jahreszahlen 1941, 1942 — die Monate des ersten Blockadewinters, in denen die LGU 93 Hochschullehrer und Hunderte Studenten verlor. Nicht einen Tag stellte das Universitätskollektiv die Arbeit ein. Bereits bis November erfüllten seine Wissenschaftler über 100 militärische Forschungsaufträge. Die Lehrveranstaltungen fanden weiter statt, oft im kleinsten Kreise. Eine Studentin erinnert sich: „Die Historische Fakultät im November/Dezember 1941. Es ist schrecklich kalt. Das Kanonenröhren qualmt. Ganz nahe hört man Geschosse explodieren. W. W. Mawrodin spricht über die Bildung des

russischen Nationalstaates.“ Festlich beging die LGU die 50. Wiederkehr jener Tage, da Lenin an ihr als Externer seine Examina ablegte. Unter den 350 Examenprüfungen der Wintersessija im Januar waren 97 Prozent ausgezeichnete und gute Leistungen — der Beitrag derer, die weiterstudieren durften, zum künftigen Sieg. Neben Ausbildung, Forschung und Kampfeinsatz bewältigte das Universitätskollektiv weitere, scheinbar geringfügige, doch für die Verteidigung Leningrads lebenswichtige Aufgaben. Es übte die Patenschicht über viele Lazarette aus — eines von ihnen richtete es aus eigenen Mitteln im Gebäude der Historischen Fakultät ein. Die Studenten arbeiteten in der Seuchenbekämpfung und als Komsomol-Posten in Geschäften und Gaststätten, versorgten Hilfsbedürftige in ihren Wohnungen und besuchten im Auftrage der KPdSU und des Komsomol Betriebe und Truppenteile als Agitatoren und Propagandisten.

## Leningrader Universität im Großen Vaterländischen Krieg

Teil II

Von Dr. Gottfried Dittrich, Sektion Geschichte (Lehrstuhl Geschichte der DDR)

### Evakuierung

Um ihr günstigere Arbeitsbedingungen als im belagerten Leningrad zu schaffen, wurde die LGU Ende Februar/Anfang März 1942, als es die Lage gestattete, nach Saratow evakuiert. (Ein Teil des Labors befand sich bereits seit Sommer 1941 in Jelabuga, wo der Astrophysiker W. A. Ambarzumjan eine Universitätsfiliale aufbaute). Seit dem 1. April arbeitete sie hier mit 139 Hochschullehrern, 59 Assistenten und 381 Studenten weiter, bemüht, ihre Leistungen zu erhöhen und darüber hinaus unterstützt vom Lehrkörper der Tschernyschewski-Universität, in der sie untergebracht war. Doch der faschistische Vorstoß in Richtung Wolga verwandelte Saratow in eine frontnahe Stadt. So eröffnete die LGU das Studienjahr 1942/43 mit nur 631 Studenten, Brennstoffmangel erzwang die Schließung der Universitätsgebäude für vier Monate — man unterrichtete in den Internaten, verlegte Laborübungen und experimentelle Lehrveranstaltungen auf die wärmere

Jahreszeit und zog die theoretischen in das Wintersemester vor. Nach der Wende von Stalingrad wurde Saratow tiefes Hinterland. Jetzt konnte die LGU ihre Tätigkeit unter den „normalen“ Bedingungen des Krieges und der Evakuierung fortsetzen und sich auch bereits in gewissem Maße auf ihre Nachkriegsaufgaben vorbereiten. 1943/44 zählte sie fast 1400 Studenten, darunter mehr als 800 Neulimmatruierte. Ihre Wissenschaftler erfüllten trotz der teilweise unerhöht schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen 1942 und 1943 die Forschungspläne und beendeten die Arbeit an 126 bzw. 306 Themen — zumeist kriegswichtigen Aufträgen, aber auch Grundlagenarbeiten wie dem 2. Bd. der „Mathematischen Analysis“ von G. M. Fichtenholz oder S. W. Kafeskijs „Grundlagen der allgemeinen Erdkunde“. 20 Lehrbücher, mehr als 140 Monographien u. a. Veröffentlichungen entstanden in Saratow. Charakteristisch war die Komplexität der Forschungen — 13 Prozent aller Themen wurden interdisziplinär

bearbeitet und auf diesem Wege z. B. eine mathematische Theorie der Erdgaseckung aufgestellt. Die Philologen schrieben Militärvörterbücher, die Historiker konzentrierten sich auf die Geschichte der slawischen Völker, auf heroische Traditionen der russischen Geschichte, Bürgerkrieg und Partisanenbewegung, die Literaturwissenschaftler auf die Probleme des Heldentums und des Patriotismus in der Belletristik. Eine hohe wissenschaftliche Würdigung erfuhren diese Leistungen 1943, als 13 Gelehrte der Leningrader Universität in die Akademie gewählt wurden.

Auch in Saratow spielte die LGU eine bedeutende Rolle im Territorium. Allein im zweiten Halbjahr 1942 arbeiteten ihre Angehörigen 16 500 Tage an Verteidigungsaufgaben und 12 000 in der Landwirtschaft. In den dreiviertel Jahren der Evakuierung hielten sie über 4000 Vorträge vor einer halben Million Hörer. Das Saratower Parteikomitee zeichnete die LGU im Frühjahr 1943 als die beste Hochschule in der Stadt aus.

Im Februar 1944 jährte sich zum 125. Male die Gründung der Leningrader Universität. Bereits zur Rückkehr rüstend, empfing sie „für hervorragende Verdienste um die Entwicklung der russischen Wissenschaft und Kultur, für große Erfolge bei der Ausbildung hochqualifizierter Kader“ den Lenin-Orden. Diese Auszeichnung erhielten auch die Universitätsprofessoren A. A. Wosnesenski (Rektor), Akademienmitglied B. D. Grelow (Historiker), D. I. Dobruka (Biologe), 1943 Sekretär des Parteikomitees sowie die Akademienmitglieder N. S. Darshawin (Philologe) und J. W. Tarzi (Historiker).